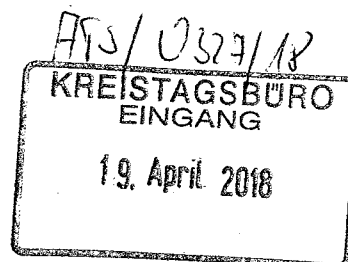


An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Finanzen
Herrn Jürgen Becker
im Hause

nachrichtlich
Landrat, Fraktionen



19.04.2018

Antrag zur Sitzung des Finanzausschusses am 13.06.2018
Beteiligungssteuerung

Sehr geehrter Herr Becker,

die SPD-Fraktion beantragt zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 13.06.2018 den Tagesordnungspunkt Beteiligungssteuerung und bittet um folgende Beschlussfassung:

1. der Finanzausschuss wird in Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen umbenannt.
2. Mindestens einmal im Jahr findet für alle Unternehmen, die vom Kreis beherrscht oder von einem vom Kreis beherrschten Unternehmen beherrscht werden, in diesem Ausschuss eine Debatte (und ggf. Beschlussfassung als Empfehlung an den Kreistag) über die Entwicklungsziele statt. Im Bedarfsfall werden weitere Fachausschüsse beteiligt.
3. Der Ausschuss wird mit allen für diese Entscheidung relevanten Informationen versorgt, sofern nicht Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens betroffen sind. Bei Unternehmen, die in nicht wettbewerbsintensiven Sektoren tätig sind, sind grundsätzlich der Jahresabschluss, der Wirtschaftsplan und strategische Überlegungen in öffentlicher Sitzung zugänglich zu machen. Bei Unternehmen in wettbewerbsintensiven Sektoren können Teile der Informationen im nicht-öffentlichen Teil behandelt werden, falls durch eine öffentliche Erörterung Wettbewerbsnachteile zu befürchten sind.
4. Die Debatte ist so zu terminieren, dass der Kreistag im Bedarfsfall von seinem Weisungsrecht gegenüber den vom Kreis entsandten Vertretern in den Gremien des Unternehmens Gebrauch machen kann.

5. Der Ausschuss wird durch den Landrat über alle wesentlichen, strategisch relevanten Belange und Entscheidungen im Zusammenhang mit den Unternehmen informiert.

Begründung

Ein Vorteil von öffentlicher Daseinsvorsorge ist die demokratische Kontrolle. Die Entscheidungsgremien des Kreises müssen deshalb in die Lage versetzt werden, zu steuern, um mit Hilfe der Beteiligungen demokratisch definierte, politische Ziele der Daseinsvorsorge zu erreichen. Die zentrale Information hat über den Landrat zu erfolgen. Aufgrund dieser Informationen wird der Kreistag in die Lage versetzt, seiner demokratisch verankerten Kontroll- und Steuerungsverpflichtung nachzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Tendler, Folke große Deters, Sebastian Hartmann, MdB, Joline Piel,
Denis Waldästl und Fraktion

f. d. R.

C. Engh